

36. Parteitag der CDU Deutschlands



#cdupt24

# Zukunft gemeinsam gewinnen.

6. bis 8. Mai 2024 | Estrel Berlin

## **Sammlung der Initiativanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission**

## Anträge

### Inhaltsverzeichnis

#### i - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
i001	<b>Für eine Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule</b> Magdalena Finke (Schleswig-Holstein · Nr. D 0958), Sandra Gerken (Schleswig-Holstein · Nr. D 0974), Niclas Herbst (Schleswig-Holstein · Nr. D 0936), sowie mindestens 27 weitere Delegierte <i>Annahme</i>	2
i002	<b>Landwirtschaftspolitik richtig machen!</b> Minister Sven Schulze (Sachsen-Anhalt, BuVo · Nr. D 0918), Steffen Bilger (Baden-Württemberg, BuVo · Nr. D 0074), Norbert Lins (Baden-Württemberg · Nr. D 0125), sowie mindestens 27 weitere Delegierte <i>Annahme</i>	3
i003	<b>Kostenerstattung für Verhütungsmittel</b> Annette Widmann-Mauz (Baden-Württemberg, BuVo · Nr. D 0129), Ines Claus (Hessen, BuVo · Nr. D 0343), Dr.med. Fred-Holger Ludwig (Rheinland-Pfalz, BuVo · Nr. D 0821), sowie mindestens 27 weitere Delegierte <i>Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	5
i004	<b>Ampelversagen gefährdet gleichwertige Lebensverhältnisse und stabile Kommunen</b> Christian Haase (NRW, BuVo · Nr. D 0596), MdB Petra Nicolaisen (Schleswig-Holstein · Nr. D 0939), Werner Jostmeier (NRW · Nr. D 0528), sowie mindestens 27 weitere Delegierte <i>Annahme</i>	6
i005	<b>Europa muss den Freiheitskampf der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg mit klarem Ziel nachhaltig unterstützen</b> Hendrik Warda (Baden-Württemberg · Nr. D 0116), Stefanie Wernet (Baden-Württemberg · Nr. D 0051), Wolfgang Dahler jun. (Baden-Württemberg · Nr. D 0132), sowie mindestens 27 weitere Delegierte <i>Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	7
i006	<b>Staatsräson misst sich an Taten</b> Landesvorsitzender Manuel Hagel (Baden-Württemberg, BuVo · Nr. D 0134), Nina Warken (Baden-Württemberg · Nr. D 0076), Tobias Vogt (Baden-Württemberg · Nr. D 0107), sowie mindestens 27 weitere Delegierte <i>Annahme</i>	8

## Antrag i001: Für eine Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule

<b>Antragsteller/in:</b>	Magdalena Finke (Schleswig-Holstein · Nr. D 0958), Sandra Gerken (Schleswig-Holstein · Nr. D 0974), Niclas Herbst (Schleswig-Holstein · Nr. D 0936), sowie mindestens 27 weitere Delegierte
<b>Empfehlung der AK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	i - Initiativanträge

- 1 Die CDU Deutschlands setzt sich für eine inhaltlich wie strukturelle
- 2 Weiterentwicklung und unmittelbar anschließende Fortsetzung des Digitalpakts
- 3 Schule in Form eines Digitalpakts 2.0 ein.
- 4 Große Investitionen von Bund und Ländern in digitale Bildung dürfen nicht ins
- 5 Stocken geraten, wenn der erste Digitalpakt im Mai diesen Jahres endet. Hier
- 6 soll neben digitaler Infrastruktur an Schulen fortan der Fokus auf digitale
- 7 Lehr- und Lernprogramme, die Qualifizierung von Lehrkräften und Schulleitungen
- 8 sowie der Entwicklung verbindlicher, pragmatischer Datenschutzstandards liegen.
- 9 Dabei sollen auch die kommunale Spitzenverbände einbezogen werden.
- 10 Das Investitionsvolumen des Bundes sollte nicht hinter dem bisherigen
- 11 zurückbleiben.

### Begründung

In einer Lebens- und Arbeitswelt, in der innovative Technologien, digitale Vernetzung und die Nutzung von Daten eine immer größere Rolle spielen, sind neue Kompetenzen für ein selbstbestimmtes Leben erforderlich. Das deutsche Bildungssystem muss mit diesen Entwicklungen Schritt halten. Heutige und künftige Generationen müssen zu mündigen Bürgern ausgebildet werden. Zum einen müssen die erforderlichen Kompetenzen an Kinder und Jugendliche vermittelt und zum anderen moderne, digitale Technologien an Schulen und Berufsschulen pädagogisch sinnvoll eingesetzt werden. Die unionsgeführte Bundesregierung hat mit dem DigitalPakt Schule eine wichtige Anschubfinanzierung geleistet, um die digitale Ausstattung an Schulen auf- und auszubauen. In der Folge konnten die Digitalkompetenzen von Schulleitungen, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern maßgeblich gestärkt werden. Das Bund-Länder-Programm läuft am 16. Mai 2024 aus. Das FDP geführte Bundesbildungsministerium bekennt sich bisher nicht klar zu einem Digitalpakt 2.0. Schulen und Kommunen brauchen dringend Planungssicherheit. Der aktuell bestehenden Gefahr, dass Verträge mit IT-Fachkräften gekündigt werden, und mühevoll aufgebaute Strukturen abgebaut werden, muss schnell Einhalt geboten werden.

## Antrag i002: Landwirtschaftspolitik richtig machen!

<b>Antragsteller/in:</b>	Minister Sven Schulze (Sachsen-Anhalt, BuVo · Nr. D 0918), Steffen Bilger (Baden-Württemberg, BuVo · Nr. D 0074), Norbert Lins (Baden-Württemberg · Nr. D 0125), sowie mindestens 27 weitere Delegierte
<b>Empfehlung der AK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	i - Initiativanträge

1 Die jüngsten Entwicklungen in der Agrarpolitik zeigen deutlich, dass die  
2 Bundesregierung trotz starker Proteste die Bedürfnisse unserer Bauern nicht  
3 ernst genug nimmt. Auch im Bundesrat konnten die zusätzlichen Belastungen für  
4 landwirtschaftliche Betriebe und die Streichung des Agrardiesels nicht  
5 verhindert werden. Was die Land-, Forst- und Agrarwirtschaft insgesamt braucht  
6 ist Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Deshalb schlagen wir Maßnahmen vor,  
7 die wir umsetzen werden, sobald die CDU im Bund wieder in der  
8 Regierungsverantwortung ist:

9 1. Bürokratieabbau für den Landwirtschaftssektor:

10 Wir fordern von der Bundesregierung eine drastische Reduzierung der  
11 bürokratischen Belastungen und einen nachhaltigen Bürokratieabbau. Dies ist  
12 wichtig für die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit unserer Land-, Forst- und  
13 Ernährungswirtschaft und trägt zudem maßgeblich zur Schonung wertvoller  
14 Ressourcen bei. Dabei müssen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten unter  
15 anderem folgende Punkte umgesetzt werden, um die Zukunftsfähigkeit des  
16 Agrarsektors zu gewährleisten:

- 17 • Harmonisierung und Verringerung von Berichts- und Aufzeichnungspflichten
- 18 • Abschaffung überflüssiger Regelungen wie beispielsweise die  
19 Stoffstrombilanz aus dem Düngerecht
- 20 • EU-Regeln 1:1 umsetzen und nicht durch deutsche Sonderregelungen  
21 verschärfen

22 2. Finanzielle Sicherheit

23 In Regierungsverantwortung werden wir als Union in einem steuerlichen  
24 Gesamtpaket, einschließlich des Aspekts der Besteuerung der Dieselmotoren,  
25 die Belastungen für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf ein Niveau  
26 absenken, das maximal dem europäischen Durchschnitt entspricht.

27 3. Umbau der Nutztierhaltung:

28 Es bedarf eines umfassenden und tragfähigen Gesamtkonzepts für den Umbau der  
29 Nutztierhaltung. Nur durch eine klare Perspektive und Planungssicherheit können  
30 wir unseren Landwirten eine verlässliche Zukunftsperspektive bieten. Hierbei  
31 sind auch dringende  
32 Änderungen im Bau- und Immissionsschutzrecht erforderlich, um den Umbau der

33 Tierhaltung effektiv zu unterstützen, langfristig zu finanzieren und  
34 planungssicher zu machen.

35 4. Ernährungssicherheit:

36 Die Sicherstellung der Ernährungssicherheit hat für die CDU oberste Priorität.  
37 Dabei müssen neben der Produktion von Lebensmitteln auch Aspekte des  
38 Artenschutzes, der Biodiversität und des Klimaschutzes berücksichtigt werden.  
39 Unsere Landwirtschaft muss in der Lage sein, die Bevölkerung zu ernähren, ohne  
40 dabei die ökologischen und klimatischen Grenzen zu überschreiten.

41 5. Bekenntnis zu neuen Züchtungsmethoden:

42 Die CDU bekennt sich zu den neuen Techniken (NGT) und erkennt ihr Potenzial für  
43 die Forschung und Pflanzenzüchtung an. NGT ermöglichen es, Zuchtziele schnell  
44 und gezielt zu erreichen. Dies ist wichtig, um den Herausforderungen des  
45 Klimawandels, der Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und der  
46 Ertragssteigerung zur Sicherung der Welternährung wirksam zu begegnen.

47 6. Wir setzen auf Anreize

48 Zum Erreichen ökologischer Ziele setzen wir auf Anreize, Vertragsschutz, die  
49 Honorierung von Ökosystemleistungen und Innovationen.

## Antrag i003: Kostenerstattung für Verhütungsmittel

<b>Antragsteller/in:</b>	Annette Widmann-Mauz (Baden-Württemberg, BuVo · Nr. D 0129), Ines Claus (Hessen, BuVo · Nr. D 0343), Dr.med. Fred-Holger Ludwig (Rheinland-Pfalz, BuVo · Nr. D 0821), sowie mindestens 27 weitere Delegierte
<b>Empfehlung der AK:</b>	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
<b>Sachgebiet:</b>	i - Initiativanträge

- 1 Verhütung und die Vermeidung ungewollter Schwangerschaften liegen in der
- 2 Verantwortung von Frauen und Männern. Wir wollen die Prävention von ungewollten
- 3 Schwangerschaften verbessern, indem die Erstattung der Kosten für
- 4 Verhütungsmittel durch die Gesetzliche Krankenversicherung über das 22.
- 5 Lebensjahr hinaus für Männer und Frauen ermöglicht wird.
- 6 Eine Einschränkung der Erstattungspflicht auf einkommensschwache Personen
- 7 lehnen wir ab. Bei Einkommensprüfungen wird stets das Familieneinkommen
- 8 zugrunde gelegt. Immer dann, wenn Frauen über kein eigenes Einkommen verfügen,
- 9 können so neue Konfliktslagen entstehen.
- 10 In einem ersten Schritt sollen die gesetzlichen Krankenkassen Verhütungsmittel
- 11 als Satzungsleistung erstatten können.
- 12 Frauen, die mit einer ungewollten Schwangerschaft konfrontiert sind, befinden
- 13 sich in einem schweren Konflikt und ringen mit existenziellen Sorgen und
- 14 Ängsten, Unsicherheiten und Zweifeln. Viele leiden noch Jahre später darunter.
- 15 Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland bildet einen
- 16 in mehr als drei Jahrzehnten bewährten gesellschaftlichen Kompromiss ab, der
- 17 das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes
- 18 berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Jährlich kommt es zu etwa
- 19 100.000 Schwangerschaftsabbrüchen, die nach der in § 218a StGB vorgesehenen
- 20 Beratung im zulässigen Zeitraum straffrei durchgeführt werden.
- 21 Die Bundesregierung hat mit der Vorlage des Berichts der Kommission zur
- 22 reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin eine neue Debatte um
- 23 §§ 218ff StGB entfacht. Sie schürt unnötig Ängste bei Frauen und kündigt ohne
- 24 Not einen tragfähigen Kompromiss auf, der dazu beigetragen hat, Polarisierungen
- 25 zu verhindern, die in anderen Ländern zur Radikalisierung der politischen
- 26 Auseinandersetzung und einer Spaltung der Gesellschaft geführt hat.
- 27 Dennoch wollen wir uns mit dieser Situation nicht einfach abfinden. Dass Frauen
- 28 ungewollt schwanger werden und in diesen Konflikt geraten, darf nicht daran
- 29 liegen, dass sie oder ihr Partner sich wirksame Verhütungsmittel nicht leisten
- 30 oder sicher anwenden können.

## **Antrag i004: Ampelversagen gefährdet gleichwertige Lebensverhältnisse und stabile Kommunen**

<b>Antragsteller/in:</b>	Christian Haase (NRW, BuVo · Nr. D 0596), MdB Petra Nicolaisen (Schleswig-Holstein · Nr. D 0939), Werner Jostmeier (NRW · Nr. D 0528), sowie mindestens 27 weitere Delegierte
<b>Empfehlung der AK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	i - Initiativanträge

1 Die Kommunen stehen mit 6,8 Milliarden Euro im Minus – das ist nach den Zahlen  
2 des Statistischen Bundesamtes das erste kommunale Haushaltsdefizit seit 2011.  
3 Gleichzeitig sind die kommunalen Ausgaben um 12 Prozent gestiegen. Diese  
4 dramatischen Zahlen spiegeln das Ampelversagen auf ganzer Linie wider und  
5 gefährden gleichwertige Lebensverhältnisse vor Ort nachhaltig. Grundlegende  
6 Leistungen der Daseinsvorsorge und notwendige Zukunftsprojekte stehen auf dem  
7 Spiel. Digitalisierung, Wärmewende, Gebäudesanierung, Wohnungsbau,  
8 Krankenhausversorgung, ÖPNV, Kinderbetreuung werden so auf der Strecke bleiben.  
9 Während unionsgeführte Bundesregierungen für eine auskömmliche kommunale  
10 Finanzierung gesorgt haben, lässt die Ampel die Kommunen wie schon bei der  
11 Migration im Stich. Wir müssen diese Probleme an der Wurzel packen: Weg von der  
12 Verwaltungskonnexität, wonach derjenige die Kosten trägt, der eine Leistung  
13 ausführt, hin zu einer Veranlassungskonnexität mit der einfachen Formel ‚Wer  
14 bestellt, bezahlt‘. Heißt: Wer die Aufgabe definiert, die an die Kommunen  
15 delegiert wird, hat die Finanzierung sicherzustellen. Die bestehenden  
16 Finanzbeziehungen müssen auf den Prüfstand. Deshalb fordert die CDU  
17 Deutschlands einen Pakt von Bund, Ländern und Kommunen, um möglichst schnell  
18 gegenzusteuern.

# Antrag i005: Europa muss den Freiheitskampf der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg mit klarem Ziel nachhaltig unterstützen

<b>Antragsteller/in:</b>	Hendrik Warda (Baden-Württemberg · Nr. D 0116), Stefanie Wernet (Baden-Württemberg · Nr. D 0051), Wolfgang Dahler jun. (Baden-Württemberg · Nr. D 0132), sowie mindestens 27 weitere Delegierte
<b>Empfehlung der AK:</b>	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
<b>Sachgebiet:</b>	i - Initiativanträge

## 1 EU-Marschall/Master-Plan für die Ukraine

1. Die Europäische Union vereinbart mit den Staaten der Europäischen Union, dass jährlich ein klar definierter Prozentsatz des Bruttonormalproduktes (z.B. in Höhe von 0,25 des BSP) eines jeden Staates Mittel für militärische, wirtschaftliche und soziale Unterstützung der Ukraine aufgebracht werden.
2. Diese systematische Unterstützung wird so lange mobilisiert, bis die Ukraine militärisch die Integrität ihres Gebietes und damit die Freiheit für ihre Menschen wiederhergestellt hat.
3. In jedem Land wird eine nationale Koordinierungsstelle eingerichtet, im Rahmen dessen aus der Bevölkerung zusätzliche Unterstützung einfließen kann.

## Begründung

Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bringt seit über 2 Jahren ungeheures Leid über die Bevölkerung der Ukraine. Es ist gleichzeitig ein Angriff auf die Werte der Freiheit und Demokratie auf dem europäischen Kontinent. Die Europäische Union und viele Staaten in Europa haben die Ukraine militärisch und auch wirtschaftlich unterstützt. Die bisherigen Anstrengungen kamen aber teilweise zu spät, zu zögerlich und reichen nicht aus. Freiheit und Frieden können für die Ukraine am schnellsten und effektivsten erreicht werden, wenn die Ukraine militärisch erfolgreich ist und die Integrität des ukrainischen Staatsgebietes wieder herstellen kann.

Das erreichen wir gemeinsam nur, wenn wir dieses Ziel klar kommunizieren und entsprechend auf Dauer angelegte Unterstützung für die Ukraine realisieren. Die russische Führung muss klar das Signal erhalten: Wir unterstützen die Ukraine so lange, bis sie gewinnt. Für diesen Freiheitskampf sind wir bereit, alles dafür Notwendige zu tun.

Mit der Realisierung eines solchen Marschallplanes der EU für die Ukraine kann die EU – auch unabhängig vom Ausgang der US-Präsidentenwahlen – einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass unser Modell einer freiheitlichen Demokratie weltweit nicht auf dem Rückzug ist, sondern auch wehrhaft in der Lage ist, wehrhaft und sich durchsetzen kann.

Die Bevölkerung muss mit in die Verantwortung genommen werden.

## Antrag i006: Staatsräson misst sich an Taten

<b>Antragsteller/in:</b>	Landesvorsitzender Manuel Hagel (Baden-Württemberg, BuVo · Nr. D 0134), Nina Warken (Baden-Württemberg · Nr. D 0076), Tobias Vogt (Baden-Württemberg · Nr. D 0107), sowie mindestens 27 weitere Delegierte
<b>Empfehlung der AK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	i - Initiativanträge

1 Auch mehr als ein halbes Jahr nach dem brutalen Überfall der Hamas auf Israel  
2 am 07. Oktober 2023 sind mehr als 140 israelische Geiseln in der Gefangenschaft  
3 der menschenverachtenden Terrorgruppe, die sich die Vernichtung aller Jüdinnen  
4 und Juden als Ziel gesetzt hat. Bereits auf dem 79. Landesparteitag am 18.  
5 November 2023 in Reutlingen hat die CDU Baden-Württemberg mit der „Reutlinger  
6 Erklärung“ einen umfangreichen Forderungskatalog zur Unterstützung Israels und  
7 ein klares Zeichen unserer Solidarität mit dem israelischen Volk verabschiedet.

8 Jeden Tag wird indes deutlicher, wie stark die Hamas und andere antisemitische  
9 Terrorgruppen wie die Hisbollah bereits seit Jahren sichtbar, direkt und  
10 indirekt, vom Mullah-Regime im Iran finanziell und politisch unterstützt  
11 werden.

12 Irans präzedenzloser Angriff auf Israel am 13. April 2024 mit über 300 Drohnen,  
13 ballistischen Raketen und Marschflugkörpern führte nur aufgrund der  
14 hervorragend funktionierenden Abwehrsysteme der israelischen Armee und der  
15 militärischen Unterstützung durch die USA, Großbritannien und Frankreich sowie  
16 unterschiedliche arabische Partnerstaaten nicht zu zahlreichen Todesopfern aus  
17 israelischer Seite.

18 Der Angriff Irans muss auch dem Letzten zeigen, dass es auch eine Zeitenwende  
19 in unserem Umgang mit dem Mullah-Regime braucht. Ähnlich wie Putin haben Jahre  
20 des europäischen Appeasements nicht zur Sicherung des Friedens beigetragen.  
21 Erneut ist unsere Außenpolitik im Umgang mit einer revisionistischen Diktatur  
22 gescheitert, daraus müssen wir Konsequenzen ziehen.

23 *Denn Staatsräson darf keine leere Worthülse sein. Staatsräson muss sich an  
24 konkreten Taten messen.*

### 25 **Die Islamische Republik Iran wirtschaftlich und politisch isolieren**

26 1. Der Iran darf nicht länger wirtschaftlich durch den Handel mit der EU  
27 profitieren. Wir fordern daher die Verhängung eines umfangreichen  
28 Handelsembargos gegen den Iran in enger Abstimmung mit den Vereinigten  
29 Staaten und dem Vereinigten Königreich zu prüfen, von denen humanitäre  
30 Güter wie Nahrung und Medizin ausgenommen werden.

31 2. In einem ersten Schritt sollte die EU die Sanktionsliste für Personen der  
32 USA übernehmen.

- 33 3. Die Revolutionsgarden sowie die Hisbollah müssen umgehend auf die  
34 Terrorliste der Europäischen Union gesetzt werden. Das Außenministerium  
35 muss seine Blockade endlich aufgeben.
- 36 4. Die G7 sollten nach Vorbild des Ölpreis-Caps für russisches Öl  
37 entsprechende Preisgrenzen für den Handel mit iranischen  
38 Petroleumprodukten durchsetzen.
- 39 5. Das Atomabkommen mit dem Iran ist gescheitert und historisch überholt. Die  
40 EU muss alles in ihrer Macht Stehende dafür tun, dass das Mullah-Regime  
41 nicht über eine Atombombe verfügen kann. Die Reaktivierung der im Rahmen  
42 des Atomabkommens ausgesetzten Sanktionen ist überfällig.
- 43 **Iranische Stellvertreter in Europa bekämpfen**
- 44 6. Der Iran verfügt in Deutschland und der EU über zahlreiche  
45 Unterstützernetzwerke und Vorfeldorganisationen. Beispielhaft hierfür ist  
46 das Islamische Zentrum Hamburg („die blaue Moschee“) zu nennen. Dieses ist  
47 umgehend zu schließen, ein Vereinsverbot ist auszusprechen.
- 48 7. Wir fordern zum Schutz jüdischer, amerikanischer und bundesdeutscher  
49 Einrichtungen, ein umgehendes Betätigungsverbot für Vorfeldorganisationen  
50 des iranischen Staates in Deutschland zu verhängen.
- 51 8. Ausländische Schlüsselpersonen dieser Organisationen müssen ausgewiesen  
52 und aus Deutschland abgeschoben werden.
- 53 9. Die iranischen Konsulate in Hamburg, Frankfurt und München sind zu  
54 schließen und die diplomatische Präsenz in Berlin erheblich zu reduzieren.
- 55 Nach den Erfahrungen des 7.10. ist zudem davon auszugehen, dass die  
56 islamistische Szene erneut eine Welle antisemitischen Hasses mobilisieren wird.  
57 Das Gesetz über digitale Dienste der EU muss dabei auch auf TikTok und Meta  
58 endlich konsequent angewandt werden, um islamistischen Influencern die  
59 Reichweite zu nehmen.